

A stylized world map composed of a grid of dots. The dots are mostly grey, but several are colored red, highlighting specific regions or countries. The map is centered on the Atlantic Ocean.

Ein Kompass für die GSVP

ARBEITSKREIS INTERNATIONALE SICHERHEITSPOLITIK

April 2012

- Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union sollte Europa in die Lage versetzen, sich aktiv für Frieden in seiner Nachbarschaft einzusetzen. Sie war von Beginn an ein wichtiges Anliegen sozialdemokratischer Europapolitik. Erwachsen aus dem Unvermögen, das gewaltsame Auseinanderbrechen Ex-Jugoslawiens zu verhindern, sollte dieses politische Instrument ein effektives europäisches Krisenmanagement ermöglichen. Mit dem Vertrag von Lissabon kam zudem die Idee einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik in stärkerem Maße hinzu.
- Die Bilanz der GSVP ist aber bislang mager, sie fungiert als Zusatzoption zu nationalen Politiken und auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners zwischen den Mitgliedstaaten. Eine tatsächliche Verzahnung der nationalen Sicherheitspolitik hat nicht stattgefunden. Gleichzeitig befinden sich die europäischen Mitgliedstaaten inmitten einer schweren wirtschaftlichen Krise, die es ihnen auf Dauer schwer machen wird, das aktuelle Niveau an Ausgaben für die Außen- und Sicherheitspolitik zu halten.
- Ein neuer Anlauf zur Verwirklichung einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist notwendig. Das vorliegende Papier formuliert das langfristige Ziel einer Politischen Union, die den Rahmen für eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik bildet. Der Weg dorthin kann jedoch nur über kleine Schritte im Rahmen der bestehenden Verträge führen. Das umfasst die gemeinsame Formulierung europäischer Strategien, die Nutzung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten und die enge Abstimmung der nationalen Planungen im Verteidigungsbereich.



Inhalt

1. Die Eurokrise als Vertrauenskrise	3
2. Die GSVP wird ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht	3
3. Eine Politische Union braucht eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik	3
4. Welchen neuen Entwicklungen und Herausforderungen sieht sich die EU gegenüber?	4
5. Was folgt daraus für die GSVP?	5
6. Deutschland – GSVP aus Notwendigkeit	7

1. Die Eurokrise als Vertrauenskrise

Die EU befindet sich in der schwersten Krise seit ihrer Gründung. Die Finanz-/Wirtschafts-/Staatsschuldenkrise hat dazu geführt, dass die wirtschaftliche Problemlösungsfähigkeit der EU von außen in Frage gestellt wird. Sie hat aber auch zu einer schweren Vertrauenskrise innerhalb der EU geführt. An der Bewältigung der ökonomischen Krise entscheidet sich die Zukunft der EU. Dies hat zu einer Verdrängung der Außen- und Sicherheitspolitik aus dem politischen Fokus geführt. Die EU befindet sich – wieder einmal – in einer nach innen gewandten Phase, die in diesem Fall jedoch von existentieller Bedeutung ist.

Das weitere Bestehen der EU ist durch die anhaltenden wirtschaftlichen Spannungen gefährdet, die Sicherheitspolitik rückt daher momentan in den Hintergrund. Eine »Atempause« in der Sicherheitspolitik wird es für die EU aber nicht geben, wie die Ereignisse in der arabischen Welt, in Libyen, dem Pazifik, Syrien oder Iran zeigen. In all diesen Fällen wird aber auch das Grundproblem der GSVP (wie der EU insgesamt) deutlich: Es fehlt an dem Willen, eine gemeinsame Politik zu diskutieren, zu formulieren und dann auch zu verfolgen. Zudem gehen aufgrund der hohen Kosten der europäischen Wirtschaftskrise die Mittel für europäische Sicherheitspolitik zurück.

2. Die GSVP wird ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht

Ein Rückblick auf die letzten zwölf Jahre GSVP zeigt, dass der Anspruch zwar weiterhin sehr hoch ist, er jedoch zu selten eingelöst wurde. Wie Catherine Ashton schreibt, verdeutlicht die GSVP den Anspruch der EU und der Mitgliedstaaten, aktiver, kohärenter und fähiger zu werden – über die Formulierung des Anspruchs ist die EU allerdings kaum hinausgekommen. Besonders deutlich wird dies am Implementationsbericht der Sicherheitsstrategie, der auf die auch nach fünf Jahren weiterhin bestehenden Fähigkeitslücken hinweist. Die Schlussfolgerungen des Rates vom 1. Dezember 2011 zu militärischer Fähigkeitsentwicklung lesen sich ähnlich wie die Schriftstücke der vergangenen Jahre: dringende Appelle an die Mitgliedstaaten zur engeren Kooperation bei der Entwicklung militärischer Kapazitäten, nun angereichert durch die Dringlichkeit der schrumpfenden Budgets.

Die knapp 30 Missionen der GSVP, militärisch, zivil-militärisch und rein zivil, haben Europas globale Präsenz gezeigt. Sie sind aber bislang stets Teil eines größeren internationalen Engagements gewesen und haben nur in den wenigsten Fällen eine konkrete Verbesserung der Lage vor Ort bewirkt. Sie waren vielmehr Signale nach innen, an die NATO und die USA, dass die EU in der Lage ist, sich sicherheitspolitisch zu engagieren. Das Ergebnis war nur in wenigen Fällen, wie vor der Küste Somalias, in Georgien oder Mazedonien, ein wirksames Krisenmanagement; viele der anderen Missionen sind vielmehr als Existenznachweis der europäischen Sicherheitspolitik zu werten, die es auch ohne deren institutionalisierte Form gegeben hätte.

3. Eine Politische Union braucht eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Gemeinsame Sicherheitspolitik war bereits im Vertrag von Maastricht angelegt, als selbstverständlicher Teil einer Politischen Union. Dies gilt weiterhin, und angesichts der sich verändernden internationalen Beziehungen in besonderem Maße. Eine gemeinsame Verteidigungspolitik im Sinne der Solidaritätsklausel des Lissabonner Vertrages ist integraler Bestandteil dessen. In einer multipolar organisierten Welt ist ein europäischer Pol nur durch einen Zusammenschluss der Mitgliedstaaten auch nach außen realisierbar. Eine weitere Vertiefung der EU muss demnach auch die Sicherheitspolitik umfassen – sie darf nicht weiterhin ausgespart bleiben.

Zudem muss die implizite Arbeitsteilung in den Köpfen der Mitgliedstaaten – NATO für Verteidigung, Europa für Krisenmanagement – aufgebrochen werden. Beide Bereiche lassen sich weder bei Planung noch bei der Fähigkeitsentwicklung voneinander trennen.

Daher muss der bestehende Prozess umgedreht werden: Klare Interessensdefinition muss den Kapazitätsaufbau anleiten, stets unter der Prämisse des Leit- und Darstellbaren. Das bedeutet auch, dass angesichts der schwindenden Ressourcen über eine Anpassung des Anspruches nach unten nachgedacht werden muss, um die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit zu reduzieren. Die Sicherheitspolitik einer vertieften politischen Union muss einige zentrale Fragen konkret beantworten und nicht im luftleeren Raum agieren:

- Welchen Zweck soll die GSVP für die EU erfüllen?
- Welche gemeinsamen Bedrohungen und Herausforderungen sehen wir in Europa?
- Was sind gemeinsame europäische Interessen und Werte – und wie werden sie gemeinsam verfolgt?
- Welche Kompetenzen werden der EU zur Verfolgung der gemeinsamen Interessen zugesprochen?
- Was ist in diesem Rahmen der militärische *level of ambition* der EU?

4. Welchen neuen Entwicklungen und Herausforderungen sieht sich die EU gegenüber?

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die besonders die EU getroffen hat, verändert die Grundlagen europäischer Sicherheitspolitik nachhaltig und auf Dauer. Die Fähigkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten, das volle Spektrum sicherheitspolitischer Instrumentarien, besonders im militärischen Bereich, vorzuhalten, werden massiv eingeschränkt. Es erscheint mithin zweifelhaft, ob selbst größere Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien in der Lage sein werden, aus eigener Kraft militärisches Krisenmanagement zu betreiben.

Die größten Proliferationsrisiken ergeben sich in der europäischen Nachbarschaft. Der Iran als Vorreiter einer möglichen regionalen Aufrüstungsdynamik bedroht in mittelfristiger Perspektive die Mitgliedstaaten der EU am südöstlichen Rand. Ein nuklearer Rüstungswettlauf im Nahen/Mittleren Osten würde die Sicherheit der EU massiv und langfristig bedrohen. Gerade in diesem Politikfeld hat sich die EU aber in den vergangenen Jahren als wenig einig gezeigt, obwohl sie über ein großes diplomatisches Potential verfügt. Eine einheitliche Position der EU im Bereich der Nonproliferationspolitik ist aber eine wichtige Bedingung für eine Einigung auf globaler Ebene.

Die USA sind ebenfalls vom Sparzwang betroffen und müssen ihre Fähigkeiten stärker priorisieren. Daher betrachten sie den transatlantischen Raum zunehmend als weniger herausfordernd für ihre eigenen Interessen und konzentrieren sich auf den pazifischen Bereich. Der Gipfel auf Hawaii hat deutliche Signale in diese Richtung

ausgesandt. Das eröffnet der EU zwar einerseits mehr Räume, bedeutet andererseits aber auch eine höhere Verantwortung der Europäer. Der Einsatz in Libyen hat gezeigt, welche Schwierigkeiten dies für die europäischen Staaten beinhaltet – selbst wenn es sich um die beiden wichtigsten Militärmächte handelt.

Der Aufstieg großer Schwellenländer zu globalen Akteuren und die zunehmend wichtige Rolle von regionalen Mächten wie der Türkei, Indonesien oder Mexiko schaffen eine neue, multipolar organisierte Weltordnung, mit neuen Chancen für globale Friedenspolitik. Dies kann aber auch zur Schwächung internationaler Institutionen wie den VN führen, oder zur Rückkehr der Geopolitik in einigen Regionen, wie Zentralasien oder der Südchinesischen See. Die Möglichkeiten der europäischen Staaten, diese Entwicklungen effektiv zu beeinflussen und die eigenen Interessen geltend zu machen, hängen stärker als heute von ihrer Fähigkeit ab, Bündnisse zu schaffen und diese Akteure zunehmend mit in die Verantwortung für globale Regelwerke zu nehmen. Damit könnte eine breitere Legitimität der internationalen Institutionen ebenso gelingen wie die gemeinsame Bewältigung von Krisen.

Der Umbruch in den Staaten Nordafrikas und Arabiens hat zu einer neuen Situation am südlichen Rand der EU geführt. Die Chancen eines demokratischen Aufbruchs in dieser Region sind ebenso gestiegen wie die Instabilitätsrisiken, die sich aus geschwächten *governance*-Strukturen ergeben. Die Instrumente der EU haben sich hier als stumpf erwiesen, die Europäische Nachbarschaftspolitik war nicht in der Lage, diese Entwicklungen im europäischen Sinne zu beeinflussen. Gleichzeitig zeigen die neuen sozialen Bewegungen in dieser Region die Attraktivität des europäischen Modells. Dies muss noch stärker im Sinne der europäischen *soft power* genutzt werden.

Der Fortschritt der Digitalisierung, technologische Weiterentwicklungen im zivilen und militärischen Bereich sowie zunehmende Verwundbarkeit kritischer Infrastruktur machen sicherheitspolitische Gefahren diffuser und weniger klar zuordnungsfähig. Auch hier verschwimmt die Grenze zwischen Sicherheitspolitik und Verteidigung mehr und mehr. Die Möglichkeiten, durch Cyberattacken, ferngelenkte Waffen oder gezielte Angriffe auf die Infrastruktur Gesellschaften massiv zu verwunden, erfordern eine umfassende Sicherheitsvorsorge sowohl von nationalstaatlicher Seite, als auch seitens der supranationalen Strukturen der EU.

5. Was folgt daraus für die GSVP?

Die materiellen Grundlagen für Sicherheitspolitik in der EU schwinden. Dieser Trend wird sich voraussichtlich einige Jahre fortsetzen und dann ein stabiles, aber niedrigeres Niveau erreichen. Dies bedeutet, dass die bisherige GSVP als »Zusatzvergnügen« zu nationaler Sicherheitspolitik und NATO nicht mehr fortgesetzt werden kann und auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Mittelallokation dafür zunehmend geringer wird. Die GSVP muss effektiver werden, sie muss einen klaren Mehrwert für die beteiligten Staaten und die EU insgesamt erbringen – bei geringerer Mittelausstattung. Dies kann gelingen, wenn die bestehenden Synergiepotentiale auch genutzt werden und unnötige Doppelstrukturen reduziert werden. Die Mitgliedstaaten haben die Wahl: Sie können die Chance der GSVP nutzen und damit ihre globale Handlungsfähigkeit entweder erhalten oder in einzelnen Aspekten auch verstärken. Oder sie können weiterhin im nationalen Rahmen agieren, mit einigen europäischen Wurmfortsätzen, und werden mithin gezwungen sein, ihren nationalen *level of ambition* mittelfristig den schrumpfenden Fähigkeiten anzupassen.

Angesichts der Vielfalt der Herausforderungen müssen die Mitgliedstaaten der EU sich darüber verständigen, in welcher Form, sie die EU darauf einstellen wollen. Dazu muss auch der militärische *level of ambition*, wie er 2008 bekräftigt wurde, diskutiert werden. Zudem muss angesichts der erneuten Divergenzen um die Libyenfrage intensiv diskutiert werden, für welche Form von militärischen Interventionen die GSVP genutzt werden soll und inwiefern die EU sich für die Durchsetzung der *responsibility to protect* im internationalen Rahmen einsetzen möchte.

Konzeptionell sind in der EU schon Grundlagen gelegt; es herrscht kein Mangel an Papieren, in denen skizziert wird, wie die EU ihre Sicherheitspolitik verbessern kann. Diese Konzepte sind aber teils veraltet, existieren losgelöst von der strategischen Debatte in den Mitgliedstaaten und sind nicht ausreichend mit dem politischen Willen unterfüttert, dies auch umzusetzen. Damit die GSVP in Zukunft ihren eigenen Ansprüchen eher genügt als bislang, muss das Fernziel einer wirklich gemeinsamen Politik erhalten bleiben, der Weg dahin und die Methode müssen sich aber verändern und bereits angedachte kleine Schritte müssen endlich gegangen werden. Die aktuelle Phase der Stagnation und der Renationalisierung

muss beendet werden, die GSVP braucht frische Schubkraft, um wieder in eine Vorwärtsbewegung versetzt zu werden. Konkret bedeutet das:

Mehr Strategie!

Europa braucht einen **intensiven strategischen Dialog über Interessen, Ziele und Mittel**. Dieser Dialog sollte sich im Prozess der Erarbeitung aktualisierter strategischer Dokumente der EU entwickeln, das Strategische Konzept der NATO und der ihm vorangegangene Prozess kann dabei Vorbild sein. Denn die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 ist veraltet und das Produkt anderer politischer Verhältnisse. Eine Neuauflage statt zarter Überarbeitung ist notwendig. Zudem muss der Weg von der Sicherheitsstrategie zur Sicherheitspolitik klarer skizziert werden. Die Mitgliedstaaten sollten daher drei Schlüsseldokumente diskutieren und beschließen, die vom Europäischen Auswärtigen Dienst vorbereitet werden.

Erstens eine **neue Sicherheitsstrategie**, die der veränderten sicherheitspolitischen Lage Rechnung trägt.

Zweitens ein **europäisches Weißbuch** zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dieses sollte definieren, welche militärischen und zivilen Aufgaben die EU übernimmt, wo sie interveniert, wie die Fähigkeiten dafür bereitgestellt werden und wie dazu die Kräfte der Mitgliedstaaten gebündelt werden können.

Drittens **Europäische Verteidigungspolitische Richtlinien**, um die im Vertrag von Lissabon angelegte Möglichkeit zur verteidigungspolitischen Zusammenarbeit konzeptionell zu unterfüttern.

Alle drei Dokumente sollten künftig einer regelmäßigen Überprüfung unterzogen werden, um den strategischen Dialog in der EU zu etablieren und zu verstetigen. Auf Sicht sollten diese Dokumente der EU auch die nationalen Verteidigungsplanungen mit den gemeinsam erarbeiteten Sicherheitsprognosen und Bedrohungsszenarien verknüpfen und die effektive Implementation der europäischen Zielsetzungen auf nationaler Ebene anregen.

Mehr Streit!

Neben dem strategischen Dialog ist eine **politische Debatte** und **Positionierung** der EU in der Sicherheitspolitik vonnöten. Dies kann durch häufige und regelmäßige Treffen der Verteidigungsminister und Außenminister im informellen Rahmen katalysiert werden. Dabei sollten ein Abgleich von Interessen und Vorhaben stattfinden, aktuelle und künftige Herausforderungen auf der Agenda stehen und europäische Positionierungen in internationalen Gremien vorgedacht werden. Das Ziel dieser Treffen ist weniger die Verabschiedung konkreter Beschlüsse oder die Vorbestimmung europäischer Positionen in NATO, VN oder OSZE, sondern die Stimulierung einer andauernden und für die nationalen Politiken prägenden Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Fragestellungen im EU-Rahmen.

Flexiblere Struktur!

Die Stagnation der GSVP in den vergangenen Jahren hat gezeigt, wie ungenügend die aktuelle Methode aus Intergouvernementalität und Konsenszwang ist. Besonders beim Fähigkeitsaufbau wird deutlich, dass die Appelle an die freiwilligen Bemühungen der Mitgliedstaaten nur bedingt erfolgreich waren. Eine weitere Vertiefung der GSVP ist daher nur durch eine veränderte Methode möglich. Das Ziel bleibt dabei weiterhin die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf der Grundlage von ausreichenden Ressourcen. Eine wirklich gemeinsame Sicherheitspolitik bedarf aber im Gegensatz zur aktuellen Konzeptionierung einer größeren Gemeinschaftskompetenz der EU, was gleichzeitig auch mehr Kontrollrechte für das Europäische Parlament ermöglicht. Dies ist aber nur langfristig über eine Vertragsänderung zu erreichen.

Der Weg zu einer größeren Gemeinschaftskompetenz führt über die Umsetzung kleinerer Schritte und mit hin einer Erhöhung der Effektivität der GSVP. Dies sollte durch Sonderregelungen und Vorreitergruppen geschehen, um einen flexibleren Ansatz zu ermöglichen. Das umfasst kurzfristig:

- Die **Eröffnung eines EU-Finanzierungsmechanismus für militärische Missionen**, um die doppelte Belastung der Mitgliedstaaten für die Bereitstellung militärischer Fähigkeiten zu reduzieren. Dies ist auch eine Frage

der Gerechtigkeit innerhalb der EU, um zu vermeiden, dass aktive Mitgliedstaaten doppelt für ihre Bemühungen einstehen müssen.

- Die **Initiierung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit** durch Staaten, die willens und in der Lage sind, die verteidigungspolitische Zusammenarbeit in der EU zu vertiefen. Sie muss aus Mitgliedstaaten gebildet werden, die eine Vertiefung der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wollen und den aktuellen Trend zur konzeptionellen, konstitutionellen und fähigkeitsorientierten Renationalisierung erkennen und als Problem begreifen. Eine solche Gruppe sollte ausreichend kritische Masse an Staaten und Fähigkeiten versammeln. Sie sollte daher neben Deutschland und Frankreich und den Beneluxländern noch einige der mittelgroßen Staaten der EU wie Polen, Spanien und Italien umfassen, sowie möglicherweise die regional eng vernetzten skandinavischen und baltischen Staaten. Zentral bleibt aber die deutsch-französische Kooperation in diesem Bereich, die unter der britisch-französischen Verteidigungskooperation und dem Dissens in der Libyenfrage schwer gelitten hat. Großbritannien würde angesichts seiner bisherigen Rolle seit St. Malo wohl kaum Teil dieser Gruppe werden wollen, auch wenn dies mit Blick auf die Fähigkeiten einen großen Verlust darstellt. Sollte die Zusammenarbeit aber vorzeigbare Ergebnisse im Sinne gemeinsamer Fähigkeiten hervorbringen, ist ein Beitritt Londons wahrscheinlich. Die SSZ sollte im Sinne einer vertieften funktionalen Zusammenarbeit die bestehenden Kooperationen in Europa bündeln, dabei aber eine qualitativ neue Stufe erreichen – und zwar deutlich schneller als bislang. Die grundsätzliche Offenheit dieser SSZ für weitere interessierte Mitgliedstaaten ist in diesem Konzept angelegt, sie ist aber auch eine Grundvoraussetzung für die Initiierung einer solchen Zusammenarbeit, die nämlich eines einstimmigen Beschlusses der EU bedarf.

- Im Rahmen dieser Gruppe sollte das Vorhaben einer europäischen Planungs- und Kommandofähigkeit in Form eines **europäischen zivil-militärischen Oberkommandos** in Brüssel angegangen und verwirklicht werden. Das wäre ein notwendiger politischer Impuls für eine stärkere Wahrnehmbarkeit der GSVP auf europäischer Ebene. Zudem könnte ein solches Hauptquartier durch regelmäßige Nutzung eine eigenständige Kompetenz aufbauen, die es auf Sicht unabdingbar im Institutionengefüge macht. Daher sollte sich dies auch nicht auf die nun beschlossene Lösung eines nichtständigen

Hauptquartiers beschränken, sondern ein sichtbares und ständiges Operationszentrum der EU schaffen, das für zivile und militärische Operationen zur Verfügung steht. Eine enge Abstimmung mit den Strukturen des EAD ist dafür unabdingbar.

- Bezüglich der Fähigkeitsentwicklung sollte im Rahmen dieser Zusammenarbeit ein **gemeinsames Transformationskonzept** der Streitkräfte entwickelt werden, das die Prozesse von *pooling*, *sharing* und Spezialisierung von Beginn an einplant. Dabei kann auf den Capability Development Plan aufgebaut werden. Dieses Konzept sollte eng mit der EVA sowie der NATO (OCCAR) abgestimmt werden, die den Prozess der Transformation begleiten müssen. Dieses Transformationskonzept sollte ähnlich wie im Europäischen Semester regelmäßig gemeinsam diskutiert und in Bezug auf seine Implementation überprüft werden. Für Staaten außerhalb der SSZ sollte die Möglichkeit bestehen, sich dieser Zusammenarbeit auch punktuell anzuschließen, wenn sie bereit sind, die entsprechenden Fähigkeiten einzubringen. Den Mitgliedstaaten stehen dabei mehrere Pfade der gemeinsamen Fähigkeitsentwicklung offen: Bündelung durch gemeinsames Eigentum (s. AWACS); Bündelung von nationalem Eigentum (s. EATC); Bündelung der Beschaffung (s. A 400M); Gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben und Funktionen.

- Die **zivile Komponente der GSVP ist ein zentraler Bestandteil und wichtiges Alleinstellungsmerkmal** für die integrierte europäische Sicherheitspolitik. Dieser Bereich leidet aber ebenso an mangelnder Bereitstellung von Fachkräften seitens der Mitgliedstaaten wie an der fehlenden Umsetzung der bestehenden Strategien. Daher sollten krisenpräventive Elemente stärker als bislang in die finanzielle Vorausschau eingepflegt werden. Zudem sollte der EAD dieses Feld zu einer stärkeren Priorität machen, da es sonst zwischen den existierenden bürokratischen Kulturen in Rat und Kommission verloren geht.

- Die bislang unterentwickelte **parlamentarische Kontrolle der GSVP** sollte in kooperativer Form durch das EP und die nationalen Parlamente geleistet werden. Dazu sollte gemäß dem aktuellen Vorschlag der polnischen Parlamentspräsidenten eine interparlamentarische Versammlung von Vertretern aus den nationalen und dem Europäischen Parlament etabliert werden. Diese sollte die GSVP intensiv begleiten und eine Berichterstattung


durch die Hohe Vertreterin, den EAD und die nationalen Entscheidungsträger einfordern. Damit würde die parlamentarische Kontrolle weiterhin durch die nationalen Parlamente gewährleistet werden. Der strategische Dialog zwischen den nationalen Parlamenten über Ziele und Mittel der GSVP würde aber auf die europäische Ebene verlagert werden.

6. Deutschland – GSVP aus Notwendigkeit

Aus deutscher Perspektive ist die Schwäche der GSVP als effektiver Handlungsrahmen besonders bedauerlich. Denn die deutsche Sicherheitspolitik ist aus Gründen der Legitimität und der Effektivität, sowie aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils von 1994 auf multilaterale Institutionen angewiesen. Darin wird ein multilateraler Rahmen für Einsätze der Bundeswehr zur Grundbedingung gemacht. Insofern verwundert die deutsche Zurückhaltung beim Implementieren weiterer Schritte in der GSVP sehr. Besonders augenfällig ist die Mischung aus rhetorischem Überschwang und Umsetzungsdefizit bei der Verbindung der Bundeswehrreform mit der Chance einer weiteren Europäisierung. Die Bundesregierung schlägt in Europa die sogenannte Gent-Initiative zum *pooling*, *sharing* und zur Spezialisierung vor. Gleichzeitig unterzieht sie die Bundeswehr einer groß angelegten Reform. Beide Prozesse sind aber voneinander abgekoppelt. Damit verliert die Gent-Initiative an wirklichen Umsetzungsmöglichkeiten und die Bundeswehrreform an zukunftsfähigen Anschlüssen an europäische Partner. Eine Ausrichtung der Bundeswehr auf eine stärkere Verschränkung mit europäischen Partnern wäre aber ein wichtiges Signal für den Fortschritt der europäischen Integration.

Die gegenwärtige Zurückhaltung bei der sicherheitspolitischen Kooperation ist einer glaubhaften integrationsfreundlichen Politik nicht angemessen. Ein stärkeres Engagement Deutschlands ist notwendig, besonders um den politischen Prozess der GSVP wieder in Gang zu bringen. Daher sollte Deutschland sich besonders bei der Etablierung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit einbringen und gemeinsam mit Frankreich, Polen, Spanien und künftig auch wieder Italien an deren Bildung mitwirken.

Dabei geht die Bundesregierung mit einem schweren Handicap in die Diskussionen: Die Haltung in der Libyenfrage und das allgemein als zögerlich wahrgenommene



sicherheitspolitische Engagement Deutschlands in der EU haben zu einem Vertrauensverlust geführt; Deutschland wird in diesem Bereich eher als Mitläufer, denn als Frontrunner betrachtet. Kombiniert mit der durchaus forschenden Führungsrolle in der Wirtschaftspolitik und damit einhergehenden Befürchtungen vor einem Europa, in dem zunehmend wieder deutsch gesprochen wird, stellt dies eine schwierige Ausgangsbasis für deutsche Initiativen in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. Der Weg muss daher über Paris führen. Eine grundlegende Revitalisierung des deutsch-französischen Verhältnisses, wenn möglich im Rahmen des Weimarer Dreiecks, kann einen Ausweg aus dem Dilemma weisen. Dazu bedarf es aber eines belastbaren Konsenses der drei Staaten, der nicht durch politische Interventionen oder gar Drohungen aus London wieder verwässert werden kann. Eine Einigung zwischen Berlin, Paris und Warschau auf den oben beschriebenen, durchaus radikalen Prozess schafft drei notwendige Grundlagen für neuen Elan in der GSVP:

- Frankreich und Polen können sichtbare Führungsrollen in diesem zentralen Bereich der EU einnehmen und damit das entstandene Zerrbild eines maßgeblich von Deutschland bestimmten Europas zurechtrücken.
- Mit den drei Staaten des Weimarer Dreiecks ist die notwendige Basis für eine funktionierende Strukturierte Zusammenarbeit gelegt, der sich andere interessierte Staaten anschließen können.
- Deutschland kann im Rahmen einer solchen Gruppe seine Bereitschaft zur langfristigen verteidigungspolitischen Selbstbindung in Europa neu untermauern und gleichzeitig die Zweifel an der Leistungsfähigkeit und Verantwortungsübernahme ausräumen.



Über die Autoren

Der AK Internationale Sicherheitspolitik ist ein Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung für den Austausch über aktuelle sicherheitspolitische Themen. Die Mitglieder des Arbeitskreises kommen aus dem Bundestag, Bundesministerien und wissenschaftlichen Instituten. Ihm gehören u. a. an: Franz H. U. Borkenhagen, Hans-Georg Ehrhart (IFSH), Roland Kästner, Niels Annen (FES), Christos Katsioulis (FES), Gero Maaß (FES), Detlef Puhl, Sammi Sandawi, Michael Schäfer, Axel Schneider, Oliver Thränert (SWP).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Europäische Außen- und Sicherheitspolitik«,
Redaktion: Christos Katsioulis, christos.katsioulis@fes.de, Redaktionsassistentz: Nora Neye, nora.neye@fes.de.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-092-3